

# Buchbinder-Zeitung

Ersteinst Sonntags.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Postgebühren. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro viergehaltene Zeile 60 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf.; Bekannt-  
machungsanzeigen 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 47.

Berlin, den 16. November 1913.

29. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wie den örtlichen Funktionären durch den „Datunzeiger“ für die Beitragsleistung pro 1913 bereits bekannt ist, wird für das Jahr 1913 ein 53. Wochenbeitrag erhoben. Dieser 53. Beitrag ist für die Woche vom 28. Dezember 1913 bis 3. Januar 1914 zu entrichten. Es sind deshalb im Monat Dezember anstatt 4 Beitragsmarken, wie die Markenfelder in den Mitgliedsbüchern und -karten zeigen, 5 Beitragsmarken zu kleben. In den Abrechnungen pro viertes Quartal 1913 sind mit der Verbandskasse für jedes Mitglied, außer den eventuell vorhandenen Restbuchen vom dritten Quartal, 11 Beitragswochen zur Verrechnung zu bringen.

2. Der Bericht des internationalen Sekretärs der gewerkschaftlichen Landeszentralen mit den Protokollen über die Internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen und über die Konferenzen der internationalen Berufssekretäre, die in der Zeit vom 16. bis 19. September d. Js. in Zürich stattfanden, ist allen Gau- und Ortsverwaltungen in einem oder einigen Exemplaren zugesandt. Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so bitten wir um entsprechende Mitteilung, um Nachsendung bewirken zu können.

3. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurde in Samburg der Buchbinder Franz Würkle aus Saigerloch (Buchnummer 87736).

Der Verbandsvorstand.

## Oskar Schröter †.

Am Freitag, den 7. November, nachts 12 Uhr, ist in Liebe unser Bezirksleiter Oskar Schröter durch zwei kurz aufeinander folgende Schlaganfälle plötzlich aus dem Leben gerissen worden. Mit seinem Tode hat ein echtes Proletariatsleben seinen Abschluß gefunden, denn schon in seiner frühesten Jugend hatte er die Schattenseiten einer Arbeiterexistenz bis zum Letzten durchstoen müssen. Als er kaum sechs Jahre alt war, wurde sein Vater, ein Buchdrucker und sozialdemokratischer Gemeinderat in dem damaligen Vorort Volkmarshof des schon zu jener Zeit „roten“ Leipzig, auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen. Er gehörte mit zu dem ersten Schub der Ausgewiesenen, der seit durchweg aus Familienvätern bestand. Das war ja eine der Brutalitäten der „Ordnungshüter“, daß sie glaubten, mit dem Familienvater die ganze Brut ausrotten zu können. Was kümmerte sie christliches Erbarmen, was das Auseinanderreißen der heiligsten Familienbände, wenn sie nur den Zweck erreichten, die Arbeiterkraft an Händen und Füßen zu knebeln und sie der Ausbeutung in jeder Form auszuliefern!

Im zartesten Kindesalter lernte so Schröter schon die heutige „von Gott eingesetzte Staats- und Gesell-

schaftsordnung“ von ihrer dunkelsten Seite kennen. Er mußte mit seinen Eltern und 5 Geschwistern in die Verbannung nach Ronneburg in Sachsen-Altenburg ziehen. Nicht lange war dort ihres Bleibens, denn seines Vaters kurz vorher gegründetes Stempelgeschäft wurde vom „gutgesinnten“ Bürgertum boykottiert und dem Bankrott zugetrieben. Mabelos mußte er dann unter Hinterlassung seiner Familie von Ort zu Ort ziehen, da niemand den Sozialdemokraten beschäftigen wollte. Endlich fand er in Stuttgart bleibende Stellung.

Der ehrliche Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die so etwas duldet, ging vom Vater auf seine Kinder und auch auf unseren Oskar Schröter über. Schon in frühesten Jugend, sobald er keine Freizeit hinter sich hatte, schloß er sich dem Verbannten an. Schon im Alter von 26 Jahren wurde er durch das Vertrauen seiner Kollegen zum Vorsitzenden der Zahlstelle Stuttgart gewählt, nachdem er vorher bereits als Vertrauensmann tätig gewesen war. Bei der Ausübung dieser ihm übertragenen Funktionen hat er sich aufs Beste bewährt, und als ihn im Jahre 1904 eine langandauernde Krankheit befiel, die ihn zwang, seinen Beruf aufzugeben und sich jeder agitatorischen Tätigkeit zu enthalten, da lächelte diese Untätigkeit schwer auf seinem lebhaften Geiste. Nach mehr als einjähriger Konvaleszenz war er deshalb bald wieder bei allen Aktionen vertreten, wo es galt, die Rechte und das Wohlergehen der Arbeiter zu wahren. Im Frühjahr 1908 wurde er zum Gauvorsitzenden und 1909 wiederum zum Vorsitzenden der Zahlstelle Stuttgart gewählt, und als im Jahre 1911 die Anstellung eines Beamten für Jahr und für die Gänge 14/15 notwendig wurde, da fiel die Wahl auf ihn. Diesen Posten trat er am 1. Juni 1911 an.

In Laßer widmete er sich nun ganz der Arbeiterbewegung und er tat dies mit einem Eifer, der in seinem Verständnis für die Not der Arbeiterschaft begründet war und der ihm die Achtung derselben in hohem Maße sicherte, der aber auch mit zur Untergrabung seiner Gesundheit beitrug. Harte Arbeit verurteilte ihn der jegliche Streik der Kartonnagen- und Eisarbeiter gegen ein Unternehmertum, das ihn bitter haßte und ihn als den bezahlten „Aushelber“ der Arbeiterschaft völlig zu Unrecht verunglimpfte. Nach bei der letzten Verhandlung vor dem Gewerbegericht am 6. November, als es dort schon bekanntgegeben worden war, daß Schröter einen Schlaganfall erlitten, konnte es sich einer der Fabrikanten nicht verkneifen, eine dementsprechende unziemliche Bemerkung gegen Schröter zu machen.

Am 5. November, morgens 8 Uhr, traf Schröter der erste Schlaganfall, dem ein zweiter in der Nacht vom 6. zum 7. November folgte, so daß jede Hoffnung aufgegeben werden mußte, ihn am Leben zu erhalten. In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend gegen 12 Uhr trat dann der Tod ein.

Wie große Liebe sich Schröter bei seinen Kollegen und Kolleginnen erworben hatte, sah man am Sonnabendmorgen. Hunderte kamen tränenden Auges in das Sterbehause, um noch einmal dem Toten ins menschenfreundliche Angesicht zu schauen.

Ein braver Kollege und eifriger Mitarbeiter für unsere Ideen ist dahingegangen! Kämpfen wir in seinem Geiste, mit seinem Eifer weiter für die Befreiung der Arbeiterschaft aus allen drückenden Bänden, dann werden wir ihn am besten ehren!

## Die Lohnbewegungen in Ost- und Westpreußen.

### 1. Der Bezirkstarif an der Tarifmüdigkeit der Buchdruckerprinzipale gescheitert!

Auf dem Gantage der ost- und westpreussischen Kollegenschaft, der im April d. J. in Königsberg stattfand, wurde dem Beirathen nach Schaffung eines den ganzen Gau II umfassenden Tarifes Ausdruck gegeben. Nachdem die erforderlichen Vorarbeiten erledigt waren, legte sich Bezirksleiter Bruders-Preßlau mit den Bezirksvereinen Ost- und Westpreußen des Deutschen Buchdruckervereins — als der einzigen in Frage kommenden Arbeitgeberorganisation — in Verbindung. Lange währte es, bis diese ihre Beschlüsse gefaßt hatten, wobei gleich bemerkt sei, daß das Sprichwort: „Was lange währt, wird gut“ in diesem Falle nicht zur Geltung kam. Wir wollen damit nicht gesagt haben, daß eine Verschleppung der Angelegenheit beabsichtigt war, aber es haben sich die Organisationen der Buchdruckerprinzipale als recht schwerfällige Apparate gezeigt. Der Bezirksverein Ostpreußen vermochte sich zu einer klaren Stellungnahme überhaupt nicht zu entschließen, sie wurde immer wieder hinausgeschoben, was vielleicht im Gegensatz der im Verein bestehenden Meinungen seine Ursache gehabt haben wird. Noch am 23. Oktober teilte dessen Vorstand mit, daß er es für nötig halte, nun noch die Mitglieder aus der Provinz zu hören, was aber erst in der für den 7. Dezember festgesetzten Versammlung geschehen kann. Einen so ausgedehnten weiteren Aufschub zu gewähren war infolge des Drängens der Königsberger Kollegenschaft nicht möglich, denn diese wartete fehnstichtig auf die schon am 1. Oktober fällig gewesene Lohnaufbesserung. In einer Unterredung mit dem Vorsitzenden des Bezirksvereins wurde uns aber zur Gewißheit, daß die Mehrheit der Buchdruckerbeitnehmer einem Tarifabschluß mit unserem Verbands aus dem Wege zu gehen bemüht war. Wir verwannen die Ueberzeugung, daß auch die Buchdruckerbeitnehmer keine unbedingten Anhänger der Tarifverträge sind, sondern für den Abschluß solcher erst dann zu haben sind, wenn ihnen eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft notwendig erscheint. Der Bezirksverein Westpreußen hatte auf seiner am 23. Oktober in Thorn stattgefundenen Versammlung unseren Antrag glatt und einstimmig abgelehnt. Damit waren die Verhandlungen über die Bezirkstarife gescheitert.

### 2. Die Lohnbewegungen in den Zahlstellen.

Nachdem die Verhandlungen mit den Bezirksvereinen gescheitert waren, mußten die Lohnbewegungen örtlich durchgeführt werden. Der Ortsverein Königsberg des Deutschen Buchdruckervereins wurde nun ersucht, in eine sofortige Erhöhung der Löhne zu willigen und sie seinen Mitgliedern aufs wärmste anempfehlen zu wollen, und zwar sollte die Erhöhung bei den Gehilfen 2,50 Mk. und bei den Arbeiterinnen 1,50 Mk. betragen. Nachdem sich der Ortsverein in seiner Sitzung am 30. Oktober mit dem Vorschlage beschäftigt hatte, ging uns unterm 1. November ein Schreiben zu, nach dem weder der Bezirksverein Ostpreußen noch der Ortsverein Königsberg als solcher in der Lage sei, zu unseren Wünschen Stellung nehmen zu können. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß sowohl die Buchbindergehilfen wie auch die Mädchen in den Großbetrieben durchweg geringere Löhne beziehen als in den Kleinbetrieben, seien erstere teilweise nicht abgeneigt, Lohnzulagen

in Höhe von 1 Mk. für die Mädchen und 1,50 Mk. für die Weibchen in Kraft treten zu lassen, während einzelne Kleinbetriebe ebenfalls eine ihrer Situation entsprechende Zulage zu gewähren gewillt waren, und zwar wurden diese Maßnahmen in den betreffenden Betrieben am 1. November betanntgegeben.

Also auch hier ist wieder ersichtlich, daß die Prinzipalsorganisation keinerlei Verbindlichkeiten zu übernehmen gewillt ist. Mit Ausnahme einiger Firmen, die unorganisiertes Buchbinderpersonal beschäftigen, wurde in allen Druckerien die erwähnte Zulage gewährt. Einige Schwierigkeiten boten nur noch einige Betriebe, in denen das Buchbinderpersonal länger als 53 Stunden arbeiten mußte. Doch auch über die Arbeitszeit wurde in allen in Frage kommenden Betrieben eine Einigung erzielt.

Den Buchbindermeistern und Kartonnagenfabrikanten wurden unsere Forderungen gleichfalls übermittelt, sie blieben aber unbeantwortet. Beim Vortrittwerden des Bezirksrates zeigte sich, daß die Innungsmeister — mit denen bei früheren Bewegungen die Lohnvereinbarungen getroffen worden sind — die Gefrängten spielten, weil wir uns diesmal vorerst mit den Buchdruckereibesitzern in Verbindung gesetzt hatten. Der Obermeister Heidemann lehnte es ab, eine Innungsversammlung noch damit zu beschäftigen. Von gemeinsamen Sitzungen, in denen über die Lohnforderungen hätte verhandelt werden können, wollte er nichts wissen, weil diesmal „einer von die Agitators“ — wie sich der Herr auszudrücken beliebt — seine Hand im Spiele habe und „mit diesen Agitators lasse er sich prinzipiell nicht ein“. Es wurde den Innungsmitgliedern selber überlassen, nach Belieben Zugeständnisse zu machen. Ein Teil derselben machte sich das Verhalten der Buchdruckereibesitzer zu eigen, so daß auch hier die Gehilfen durchweg dieselben Zulagen bekamen und außerdem wurden ihnen von der bisher 57tündigen Arbeitszeit 1 1/2 bis 2 Stunden nachgelassen. In einigen Innungsbetrieben widelte sich aber das Einigen nicht so glatt ab und beim Buchbindermeister F. Engländer kam es sogar zur Arbeitseinstellung. Nun trat auch die Innung aus ihrer Reserve hervor. In einer eilfertig einberufenen Versammlung wurde beschlossen, den Gehilfen in Anbetracht der verteuerten Lebenshaltung Zulagen von 1 bis 1,50 Mk. zu gewähren und die Arbeitszeit am Sonnabend um eine Stunde zu verkürzen. Wenn Herr Engländer diesem Beschlusse in weitherzigster Weise nachkommt, so dürfte der Ausstand bei ihm bald seine Erledigung gefunden haben.

Zur gleichen Zeit wie in Königsberg wurden auch von der Kollegenschaft in Tilsit den Arbeitgeber Lohnforderungen unterbreitet. Auch hier reagierten die Arbeitgeber nicht. Bevor es jedoch zu irgendwelchen ernstlichen Beschlüssen darob kam, suchte Bruch zu vermitteln. Zunächst gelang es nur mit den beiden kleinsten Unternehmern am Platze zu einer Verständigung zu kommen. Die drei größeren hatten

sich inzwischen verpflichtet, nichts zu bewilligen und sie wollten erst abwarten, was wohl die Kollegenschaft daraufhin tun würde. Diese war aber nicht geneigt, sich mit der erhaltenen Abgabe zufriedenzulassen, zumal ihre Löhne — insbesondere die der Kolleginnen — einer Aufbesserung dringend bedurften. So wurde denn in einer vollständig besetzten Versammlung einstimmig beschlossen, die Mündigungen den Arbeitgebern einzureichen. Noch ehe dieser Beschlusse zur Ausführung kommen konnte, hatte sich die Kunde vom drohenden Buchbinderstreik wie ein Lauffeuer in der Stadt verbreitet, so daß schon in aller Frühe des nächsten Tages eine der größeren Firmen sofort eine Einigung auf der Grundlage des mit den kleineren Betrieben Abgeschlossenen anbot. Am Nachmittag desselben Tages kam es auch zu einer Verständigung mit der Firma Meylaender, während die Firma Otto v. Mauderode auch jetzt noch jedes Entgegenkommen ablehnte. Unsere Mitglieder, so kommen in Frage, haben bereits die Mündigungen eingereicht, und bei Ausbruch des Streiks dürften sich auch die wenigen Unorganisierten dem Vorgehen anschließen. Inzwischen ist das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden. Ob es zu einer Einigung kommen wird, steht noch dahin. —

Genau so, wie in den anderen Orten, verhielten sich auch die Unternehmer in Danzig, auch sie beantworteten die Forderungen nicht. Eine Versammlung der Innungsmeister hat sich zwar mit der Lohnbewegung beschäftigt, ist aber anscheinend zu einem Ergebnis nicht gekommen. Verhandlungen mit den einzelnen Betriebsinhabern werden in diesen Tagen unternommen werden, deren Ergebnis noch abgewartet werden muß. —

Die Lohnbewegungen im Gau 6/7.

1. Einzelmitglieder.

Als wir im Jahre 1909 für die Einzelmitglieder im Gau ein Tarifverhältnis zu schaffen begannen, war ein steiniger Boden zu beackern. Immerhin war es möglich, für eine ganze Anzahl unserer Mitglieder Lohnserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. In 20 Orten gelangte der Lohn-tarif des Gau 6/7 zur Einführung. Im Jahre 1911 wurde eine Erhöhung des Goutarifs nicht verlangt, aber er kam in weiteren 13 Orten zur Einführung. Dagegen erreichen die Orte Garburg, Lüneburg, Delmenhorst und Barel eine Erhöhung resp. Neuführung des Tarifs.

Da sich nun in den letzten Jahren — ganz besonders aber im laufenden — die wirtschaftliche Lage unserer Kollegenschaft bedeutend ungünstiger gestaltet hat, wurde eine Erhöhung der Löhne eine dringende Notwendigkeit. Um die höheren Kosten für den Lebensunterhalt durch eine Lohnserhöhung wieder auszugleichen, wurde an sämtliche Arbeitgeber im Bereich des Gau 6/7 ein neuer Lohn-tarif gesandt, der folgende Forderungen vorsieht:

Die tägliche Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen, an den Sonnabenden und den Vorabenden geschlicher Feiertage 8 Stunden. In Betrieben, wo eine längere Arbeitszeit besteht, soll dieselbe bestehen bleiben. Als Minimallohn soll gelten: Für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehrzeit 21 Mk. pro Woche, im zweiten Jahre 24 Mk. und für alle anderen Gehilfen 27 Mk. pro Woche. Das Kost- und Logiswesen beim Meister ist zu besorgen. Sollte dies aber nicht sofort möglich sein, dann sind bei freier Station für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehrzeit 10 Mk. pro Woche, im zweiten Jahre 12 Mk. und für alle anderen Gehilfen 15 Mk. pro Woche zu zahlen. Arbeiterinnen sollen erhalten im ersten Jahre der Berufstätigkeit 12 Mk. und im zweiten Jahre 15 Mk. pro Woche. Alle Gehilfen und Arbeiterinnen, die vordiehende Löhne bereits verdienen, sollen eine Lohnserhöhung von 8 Proz. erhalten. Gesehliche und vom Geschäft angeordnete Feiertage sind zu bezahlen. Bei zu leistender Überzeitarbeit sind für die ersten zwei Stunden 15 Pf., für weitere Stunden und Sonntags 25 Pf. Aufschlag zu zahlen. Im übrigen sollen die allgemeinen Bestimmungen des Lohn-tarifs des Verbandes deutscher Buchbinderbetriebe und des Deutschen Buchbinderverbandes (Ausgabe Leipzig 1911) gelten und der Tarif am 15. November 1913 in Kraft treten und bis zum 30. Oktober 1915 Gültigkeit haben.

Ueber den Verlauf dieser Bewegung werden wir berichten.

Bis zum 10. November haben folgende Firmen den Tarif anerkannt:

Ragel in Heide i. Holzt., Kleiner in Quadenbrück, Henke in Wipfen a. d. Luhe und Eggert in Sonderburg.

2. Zahlstellen.

Als erste eröffnete die Zahlstelle Lübeck den Reigen der diesjährigen Tarifbewegung. Die Zahlstelle hand gut gerüstet da, sie hatte das Gros der in den Betrieben beschäftigten Personen dank der Mithilfe der Kollegenschaft gut organisiert. Die Unternehmer, welche nie für die Arbeiterinnen einen Tarif abschließen wollten, gaben diesen ihren prinzipiellen Standpunkt auf, nachdem eine gutbesuchte Versammlung unserer Kollegenschaft beschlossen hatte, in allen Betrieben die Kündigung einzureichen. Die Bewegung brachte den Abschluß eines Tarifvertrages auf 5 Jahre. Ueber die erzielten Erfolge ist in Nr. 45 bereits berichtet worden.

Die Zahlstelle Kiel hatte bisher einen Tarif, der mit einer Anzahl Einzelfirmen abgeschlossen war. Dem Verlangen, diesen Tarif zu erneuern und von Organisation zu Organisation abzuschließen, stellten sich die Unternehmer nicht ablehnend gegenüber, jedoch wollten die Herren nur mit Gehilfen verhandeln, die am Ort selbst beschäftigt sind. Trotzdem Bezirksleiter Krüger eine Anzahl Herren besuchte und die Zustimmung erhielt, daß man gegen seine Anwesenheit

Ein Myll.

Von Leo Tolstoi.

IV. (Schluß.)

kaum hatten sie das Heu abgeladen, als es auch schon zu regnen begann. Alles suchte unter den Wagen Schutz. Das Heu des Wärders war glücklich eingebracht, das der Bauern aber lag noch auf der Wiese. Es war heute nichts mehr zu machen und alles ging nach Hause. Malanjsa lief neben der Soldatenfrau voraus und Andrusjtscha blieb mit dem Wagen zurück. Wie sie ein Stück Weges gegangen, kam Kitijor, der Liebste der Soldatenfrau, hinter ihnen her und rief dieser zu, sie solle nicht so eilen. Die beiden gingen nun langsam und Malanjsa, die rasch nach Hause kommen wollte, lief ganz allein weiter.

Der Regen hatte aufgehört und die Sonne guckte wieder hervor. Der Weg führte durch den Wald. Malanjsa hatte die Schuhe ausgezogen und den Rod über den Kopf genommen — das rollige Gesicht guckte voraus und die schlanken weißen Beine blinkten nur so. Wie sie sich auch anzog: immer war und blieb sie die hübsche Malanjsa.

Und da fandte nun der Herrgott die Straße auf sie herab für Andrusjtscha und all die anderen, die sie schon gepöppelt hatte.

Der Wärdter hatte das Heu an einen Großhändler in der Stadt verkauft und ihn an eben diesem Tage eingeladen, sich den Schnitt auf der Wiese anzusehen. Malanjsa kommt des Weges daher, gerade über eine Lichtung und denkt an alles mögliche — an die Soldatenfrau und Kitijor, an Andrusjtscha, dem sie nun wieder entwischt ist und der ihr eigent-

lich leid tut. Und plötzlich, sich: kommt ihr ein Reiter entgegen, in Rod und Masten, wie sie die Kaufleute tragen und aus dem Masten guckt ein Hund von rotgemisstem Baumwollstoff hervor. Die hohen Stiefel sind von seinem Ziegenleder, das Pferd ist ein schmudde Tier aus der Wolgasteppe und schmutz ist auch der Reiter. Ein Adler, mit einem Wort: unterseht von Gestalt, die Wangen frisch und rot, die Brauen schwarz wie das lockige Haar und das Wärtchen, das kaum hervorgeproßt ist. Die kupferbeschlagenen Peise rauchend kommt er dahergeritten und schwinke seine Peitsche. Ein hübscher Burjche, weiß der Teufel, dieser Großaufmann Matwej Romanowitsch und, so jung er war, im ganzen Gouvernement als großer Schelm bekannt. Malanjsa hatte ihn noch nie gesehen, sonst aber wußten wohl alle, wie er mit den Weibern umsprang, wie vortrefflich er sich darauf verstand, krankes Vieh an den Mann zu bringen, jemandem ein Pferd abzuschwanken, die Preise für die Waldbestände zu drücken und Abstandsgelehr einzubehalten. Ein durchtriebener Junge, wie gesagt, trotz seiner zwanzig und etlichen Jahre: ein Schelm und Schalk wie sein Vater.

„Guten Tag, liebes Täubchen — woher und wohin des Weges?“ ruft er Malanjsa zu und pflanzt sich auf seinem Gaul vor sie hin.

„Nach Hause gehe ich — so laß mich doch vorbeil!“ sagt sie und will zur Seite ausweichen.

Er wendet das Pferd und reitet hinter ihr her. Sie wirft ihm einen Blick zu: „Das ist ein Adler,“ denkt sie, „das ist kein Andrusjtscha!“

„Wie heißt Du denn, mein Schätzchen?“ „Was geht Dich das an?“

„Ich möchte gern wissen, wer hier in der Gegend ein so hübsches Weibchen hat.“

„Wem ich auch gehören mag — für Dich bin ich jedenfalls nicht zu haben.“

„Für solch ein Weibchen war' mir nichts zu teuer. Wie heißt Du denn?“

„Malanjsa heißt ich. Willst Du sonst noch was wissen?“

Er reitet ihr wieder in den Weg und schießt sich an, vom Pferde zu steigen.

„Nimm Dich in acht,“ sagt sie und hebt ihren Rechen hoch empor.

„Und wie heißt Du mit Vatersnamen?“ fährt er unbekümmert fort.

„Kobiwonowna.“

Er war abgestiegen und ging nun neben ihr her.

„Ach, Malanjsa Kobiwonowna,“ begann er zu schmeicheln, „Du glaubst nicht, wie lieb ich Dich habe! So eile doch nicht so!“

Malanjsa ahnte wohl, daß ein Unheil im Anzug ist, und so schmeichelt und lieb ihr seine Worte auch sind, so wird ihr doch bang ums Herz und sie läuft schneller und schneller.

„Geh Deinen Gang und laß mich den meinigen gehen,“ sagt sie. „Die Bauern kommen hinter uns hergefahren. Wagh, daß Du fortkommst, laß mich nach Hause gehen.“

„Aber Malanjsa Kobiwonowna,“ sagt er, „es ist mir doch so angenehm, mit Dir zusammen zu sein!“ Und er zieht ein rotes Läcklein aus der Tasche und reicht es ihr.

„Laß mich — ich will nichts von Dir haben,“ meint sie.

„Meine Liebe, Gute, Schöne,“ jagt er, „verlange,





eingetreten und dieselbe Einmütigkeit wird uns über alle Schwierigkeiten des Kampfes hinwegbringen, auch dann, wenn die Streitwachen durch eine zweifelhafte Zahl zum Ausdruck gebracht werden müssen.

Gründer, Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen, meiðet Berlin und der Sieg wird unser sein!

**Aus unserem Beruf.**

**Unsere Unfallstatistik.**

Die Beschäftigung in unseren gewerblichen Betrieben ist — vornehmlich infolge der ausgedehnten Maschinenarbeit — mit erheblichen Gefahren für die Gesundheit und für die gesunden Glieder unserer Berufsangehörigen verbunden. Bergeht doch kein Tag, an dem nicht tödliche Zahnäder oder Walzen oder sonstige Maschinenteile die gesunden Glieder unserer Kollegen und Kolleginnen durch Verwundungen in die ernste Gefahr bringen. Genügsam bekannt ist, daß die Zahl der Unfallverletzten in unserem Berufe außerordentlich groß ist, denn darüber geben uns die Berichte der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft schon einen Einblick. Nur ist dieser unvollständig, da ja nur ein Teil unserer gewerblichen Unternehmungen dieser Berufsgenossenschaft untersteht. Was uns aber vollständig fehlt, das ist die Kenntnis über die Art der Verletzungen, die unsere Mitglieder bei ihrer täglichen Berufsarbeit davongetragen haben. Diesem Mangel soll jetzt durch eine offizielle Statistik unseres Verbandes abgeholfen werden. Durch diese Statistik soll die Zahl der in den letzten 10 bis 15 Jahren vorgekommenen Unfälle ermittelt und die Ursache, die zu diesen Unfällen führten, festgestellt werden. Besonders charakteristische Verletzungen sollen außerdem noch bildlich durch Photographien usw. festgehalten werden.

Naturgemäß liegt bei dieser Statistik die Hauptarbeit unseren örtlichen Verwaltungen und den Vertrauenspersonen der Betriebe ob. Aber auch unsere Mitglieder sollen zum Gelingen der aufgenommenen Arbeit beitragen, indem sie die Verwaltungen und Vertrauenspersonen auf vorgekommene Unfälle aufmerksam machen; Unfallverletzte sollten sich bei ihrer Zahlstellenverwaltung melden, auch dann, wenn der Unfall schon einige Jahre zurückliegt.

Durch die gegenwärtige Erhebung wird bezweckt, einen Grundstock zu einer fortlaufend zu ergänzenden Unfallstatistik zu erhalten, um so Material zusammenzubringen, das uns in die Lage setzt, bei den Aufsichts- und staatlichen Behörden mit einiger Aussicht auf Erfolg einen besseren Anfallschutz für unsere Berufsangehörigen zu verlangen und durchzusetzen. So hat jedes einzelne unserer Mitglieder Ursache, sich am Gelingen dieser Aufgabe zu beteiligen, indem sie die Arbeiten der Verwaltungen unterstützen und durch gewissenhafte Beantwortung der vorgelegten Fragen erleichtern, indem sie die Verwaltungen auf

vorgekommene und noch vorkommende Unfälle sofort aufmerksam machen und indem sie sich selbst bei den Verwaltungen melden, falls sie im Laufe der letzten Jahre von einem Unfall betroffen worden sind. Sei jeder eingedenk der Absicht, die dieser neuesten Arbeit unseres Verbandes zugrunde liegt: Das ist die Durchführung eines besseren Anfallschutzes!

**Arbeitslosenstatistik.**

Bei der Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden wurden an dem für den Monat Oktober in Betracht kommenden Stichtag — 25. Oktober — durch unsere Organisation in 143 berichteten Zahlstellen mit 16 688 männlichen und 16 526 weiblichen, zusammen 33 214 Mitgliedern, 416 männliche und 306 weibliche, zusammen 722 am Orte befindliche arbeitslose Mitglieder festgestellt. Außerdem sind an diesem Tage noch 56 männliche und 2 weibliche Mitglieder in diesen Zahlstellen zugerechnet, so daß insgesamt in den 143 Orten 780 arbeitslose Mitglieder ermittelt wurden. Sechs Zahlstellen mit zusammen 100 männlichen und 149 weiblichen Mitgliedern haben nicht berichtet und sind daher in obigen Zahlen nicht enthalten.

Auf je 100 Mitglieder kamen bei den männlichen 2,8, bei den weiblichen 1,9 und bei beiden zusammen 2,3 Arbeitslose. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Berichterstattung in den Vormonaten sowie in dem gleichen Monat der drei letzten Jahre ergibt folgendes Bild:

M o n a t	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder					
	m.	w.	Zus.	1912			1911		
				m.	w.	Zus.	m.	w.	Zus.
Oktober . . .	394	208	602	2,4	1,8	1,8	2,5	1,8	2,0
November . . .	367	302	670	2,2	1,8	2,0	2,0	2,0	2,0
Dezember . . .	527	449	976	3,2	2,7	2,9	2,8	2,9	2,9
Januar . . .	562	496	1058	3,4	3,0	3,2	3,5	3,7	3,7
Februar . . .	594	473	1067	3,5	2,8	3,2	3,1	3,2	3,2
März . . .	548	380	928	3,2	2,2	2,7	2,2	2,4	2,4
April . . .	573	415	988	3,4	2,5	3,0	2,7	2,5	2,5
Mai . . .	626	400	1026	3,7	2,4	3,0	2,9	2,5	2,5
Juni . . .	704	399	1103	4,1	2,8	3,2	3,0	2,9	2,9
Juli . . .	770	408	1178	4,6	2,4	3,5	3,0	3,1	3,1
August . . .	780	456	1236	4,7	2,8	3,7	2,8	3,1	3,1
September . . .	648	393	1041	3,9	2,4	3,0	2,3	2,2	2,2
Oktober . . .	472	308	780	2,8	1,9	2,3	1,8	2,5	2,5

Die Verwaltungen der sechs Zahlstellen in Apolda, Arnstadt, Aischersleben, Falkenstein, Konigsanz und Ruhla haben trotz erfolgter Mahnung die Berichtskarten nicht eingekieft.

„Geda, wer ist da?“ fragt er und schlägt auch schon mit dem Knüttel drauf los. Der Großhändler schlüpft zum Tor hinaus und nimmt Meighaus.

Malanjsa springt heraus, im bloßen Hemd und will fliehen.

„Wem gehören die Stiefel?“

„Verzeih mir!“

„Gut, komm mit in die Stube.“

Er trug selbst die Stiefel nach der Stube. Er legte sich allein zu Bett. Am Morgen nahm er den Einspannriemen und rief Malanjsa in die Kumpelkammer. Andruschka hört, wie er ihr den Text liest und wie er mit dem Riemen auf sie losschlägt — immer hitziger wird er, je mehr er schlägt.

„Sei nicht liederlich! Sei nicht liederlich!“ ruft er.

Dann schleift er sie an den Haaren über den Boden. Ein Auge schlägt er ihr blau, sie aber denkt: „Was einmal im Bauche sitzt, schlägt Du nicht mehr heraus.“

Die Schwiegermutter beginnt für sie zu bitten, er aber schreit: „Wer will mich beschern, wie ich mit meiner Frau umgehen soll?“ Da schämte sich die Mutter und hat ihn um Verzeihung.

Dann spannt er an und fährt mit Andrej aufs Feld, um zu pflügen. Er fragte Andruschka aus, doch der sagt kurz: „Ich weiß von nichts.“

Wie er am Abend heimkommt und ausgepannt hat, findet er das Abendbrot schon bereit auf dem Tische.

Malanjsa flieht nur so, um ihn zu bedienen. Sie hat sich hübsch sauber gewaschen und angezogen; das Auge ist noch ganz blau, und sie tragt nicht, ihn anzusehen. Sie essen zu Abend und die Alten gehen

in die Kammer. Eutrat legt sich auf die Britsche unterhalb der Stubendecke nieder. Ganz am Rande legt er sich hin und sagt kein Wort.

„Woh den Rienspan aus,“ spricht er nach einer Weile.

Sie tut, wie er geheißen, und denkt: „Was wird nun weiter sein?“

Sie hört, wie er die Stiefel ansieht. „Es scheint, daß alles wieder gut ist,“ denkt sie, wie sie am Fenster vorübergeht. Sechs Monate lang war er nicht zu Hause gewesen und hatte sie doch noch gepriegelt, so lieb war sie ihm! Schweigend trock sie zu ihm hin und legte sich neben ihm nieder. Sie hob den Kasten, mit dem er sich zugedeckt hatte, schmierte sich im bloßen Hemd wie eine Kacke an ihn und begann ihn zu umarmen und zu küssen, daß ihm der Atem verging.

„Wirft Du es noch einmal tun?“ fragte er.

„Sprich nicht mehr davon.“

Seit dieser Zeit vergah sie den Großhändler ganz und gar. Die Stiefel verkaufte Eutrat für fünf Rubel. Ladend sagte er oft: „Hätt ich ihn nur erwischt, ich hätte ihm auch den Kasten ausgezogen.“ Andruschka blieb noch bis zum Kürbissenfest da und ging dann zu seiner Mutter heim. Lange noch dachte er an das zurück, was er auf dem Hofe erlebt hatte. Die Mutter ließ sich Land für ihn zuteilen und verheiratete ihn.

Als der Frühling kam, gebar Malanjsa einen Sohn, der dem Großhändler wie aus dem Gesicht geschnitten war. Dieser, ihr ältester Sohn, war eben der Petruschka, von dem wir am Anfang unserer Geschichte gesprochen.

**„Arbeitslosenfürsorge.“**

Die Buchbinder-Zwangsjunung in Breslau hatte jüngst — im Zeichen der drückendsten Arbeitslosigkeit — beschlossen, das an zureichende Gehältn zu zahlende Innungsmitglied von 1 Mk. auf 75 Pf. herabzusetzen. Dieser Beschluß ist von der Aufsichtsbehörde beanstandet worden. Die Quartalsversammlung der Innung beschloß deshalb, gegen die Beanstandung Berufung einzulegen mit der wertwürdigen Begründung, daß die entweichenden Löhnen „ganz aus Meistermitteln bestritten werden und daß sich die Innung deshalb die freie Verfügung hierüber wahren wolle, ohne Einmischung der Gesellschaft“. Was die „Gesellschaft“ mit der Beanstandung der Aufsichtsbehörde zu tun hat, ist uns rätselhaft. Daneben ist ja auch der Beschluß der Innung, das Gehalt gerade jetzt in der Zeit der allergrößten Depression herabzusetzen, außerordentlich bezeichnend für den Geist, der die Innung beherrscht.

**Seimarbeit.**

Die zur Kontrolle über die Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Seimarbeiter angeordneten Inspektoren der Gewerbeinspektion in Hamburg besuchten im Jahre 1913 720 Seimarbeitsstätten. U. a. ermittelten sie in denselben eine Anzahl Seimarbeiterinnen, die mit Papierfalten beschäftigt wurden. Deren Verdienst wurde mit 12½ bis 40 Pf. pro Stunde angegeben. Im Durchschnitt wurden 20 Pf. verdient. Mit diesem Durchschnittsverdienst stehen die Falzgerinnen neben den Wäschebüglerinnen und Celzeugmätelnerinnen an letzter Stelle! Die Erhebung ist noch eine dürftige, da in Hamburg circa 10 000 Personen in der Seimindustrie tätig sein sollen, deren Arbeitsverhältnisse ebenfalls noch ermittelt werden sollen. Betont wird, daß die Angaben schwer zu erlangen sind, da einzelne ihren Verdienst zu niedrig angeben, um ihre Bedürftigkeit zu betonen oder auch aus Scheu vor feierbehördlichen Maßnahmen, während andere wieder den Verdienst zu hoch angeben sollen, um sich als tüchtige Frau hinzustellen.

**Gefängnisarbeit.**

In der letzten Quartalsversammlung der Buchbinder-Innung in Bromberg berichtete deren Obermeister, daß auf ein Gesuch der Innung an das Landgericht in Bromberg um Zuweisung der Buchbinderarbeiten an einen Bromberger Meister des Bescheid erteilt worden sei, daß die Buchbinderarbeiten der Justizbehörden im Breslauer Untersuchungsgefängnis ausgeführt werden, weil dadurch die Preise wesentlich niedriger gehalten werden und daß diese Arbeiten nur dann einem Buchbinder übertragen werden könnten, wenn dieser keine höheren Preise bei gleicher Güte der Arbeit verlange.

Es ist zu begrüßen, daß sich endlich einmal eine staatliche Behörde fand, die offen zugibt, daß das Arbeiten im Gefängnis aus Schmutzkonturrenz geschieht. Bisher wurde dies fast immer gelegentlich und in der Regel sozialhumanitäre Gründe als Entschuldigung für die Gefängnisarbeit angegeben. Was die Innung in Bromberg zu dieser Sache weiter zu unternehmen gedenkt, wird leider nicht berichtet. Es scheint demnach — nichts!

**Zur Lage in der Papier- und Wappendruckindustrie.**

In einer längeren Abhandlung im „Santoverischen Courier“ vom 7. November wird von interessanter Seite aus berichtet, die Bemühungen auf Preissteigerungen des Druckpapiers — und nicht nur dieses, sondern sämtlicher holzhaltigen Papiere — durch Produktionsbeschränkungen zu rechtfertigen. Dies geschieht freilich in einer Art, die uns wenig zweckentsprechend zu sein scheint, wenn man nicht dem Grundsatz huldigt, nach dem der Zweck die Mittel heiligt. So ist es absurd, daß man die notwendigen Preissteigerungen u. a. durch die steigende Ausfuhr erklärt machen will. Die Ausfuhr an Druckpapier in den verfloffenen Monaten des laufenden Jahres betragen 530 104 Doppelzentner gegen nur 405 002 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es will auch gar nichts besagen, daß einzelne Papierfabriken im laufenden Jahre keine Dividende zur Auszahlung brachten, obwohl sie seither immer 7½ und 6 Proz. zahlten, denn damit ist noch lange nicht gesagt, daß die Betriebe keine Erträge abwerfen. In dem erwähnten Artikel wird ja auch angegeben, daß die Gesellschaften immer mehr und mehr beschließen, keine Dividende zu verteilen, sondern die erzielten Gewinne lieber zu erhöhten Abschreibungen und Rückstellungen zu verwenden. Damit ist zugegeben, daß man mit der Zurückhaltung der Dividende lebhaftig bezweckt, die Betriebe besser zu fundieren, um einen größeren Preiskampf führen zu können. Diese Maßnahmen verbinden das Angenehme mit dem Nützlichen, denn neben dieser besseren Fundierung wird zugleich der Anschein geringeren Ge-

schätzungsverträge — veranschaulicht durch mangelnde Dividendenzahlung — erweckt. Auch der Hinweis auf schwankende Notierungen der Börse ist deplatziert, denn man weiß zur Genüge, daß diese Schwankungen künstlich hervorgerufen werden können, eine Annahme, die um so näher liegt, wenn man den Zweck der Uebung kennt.

Wer war Jakob Krause?

Wie wir schon früher berichteten, haben sich eine Anzahl der angesehensten Kunstbinder und Kunstbinderinnen zu einem Jakob-Krause-Bund zusammengeschlossen. Was Jakob Krause für die Kunstbindererei bedeutete, ist in unserer schnelllebigen Zeit nicht vielen bekannt und etliche Anfragen aus unseren Mitgliederkreisen zeigen, daß eine kurze Erläuterung dieser Bedeutung ganz am Platze ist.

Nach dem Vorbilde des Auslandes widmete man sich in der Renaissancezeit an den fürstlichen Höfen auch der Bücherliebhaberei, die damals wie heute ein Vorrecht des Wohlhabenden war. Johannes Kivius, der Lehrer des Kurfürsten August von Sachsen (1553-86), wußte in diesem die Keimung zu den Wissenschaften zu wecken und hierzu bildete das Buch die erste Grundlage. Mit dem Jahre 1556 begann Kurfürst August den Grundstock zu einer Büchersammlung zu schaffen. Im Jahre 1574 zählte diese Bibliothek 1721 Bände, die sechs Jahre später bereits auf 2354 Bände gestiegen war. Nach dem Tode des Kurfürsten wurde die Bibliothek in ihrem Hauptbestandteil der kgl. öffentlichen Bibliothek zu Dresden einverleibt. Die Bücher dieser Bibliothek des sächsischen Kurfürsten sind für die deutsche Buchbinderei in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung, da sich unter ihnen eine ganze Anzahl wirklich künstlerischer Einbände befinden.

Man nimmt an, daß der Kurfürst mit der Schaffung künstlerischer Bucheinbände in erster Linie Buchbinder seiner Residenzstadt betraute. Diese Dresdener Buchbinder hatten sich mit den künstlerischen Grundfragen der Renaissance durchaus vertraut gemacht. Ihre Technik umfaßte aber nur das Streichen, den Stempel und die Rolle, die allein dem Bindendruck auf Schweinsleder dienten. Die eigentlichen technischen Neuerungen hatten unter ihnen noch keinen Eingang gefunden. Als Bahnbrecher in diesem Sinne wirkte nun der Buchbinder Jakob Krause, der von dem Kurfürsten im Jahre 1566 aus Augsburg an den Dresdener Hof berufen wurde. Er war schon vor seiner Berufung für den Kurfürsten tätig. Aus einer vom 25. August 1566 datierten Bestallung, der im Jahre 1575 eine zweite folgte, kann man über die Tätigkeit des künstlerischen Hofbuchbinders Jakob Krause mehreres entnehmen. Nach dieser Bestallung hatte sich Jakob Krause ausschließlich dem Einbinden künstlerischer Bücher zu widmen, soweit Arbeit vorlag. Erst wenn Mangel an Arbeit für den Hof eintrat, durfte er auch Privatarbeit übernehmen. Nun war die Anschaffung von Büchern in damaliger Zeit allgemein noch eine recht bescheidene, so daß dem Jakob Krause hinreichend Zeit für Privatarbeit geblieben sein dürfte. Die Tätigkeit des Buchbinder für den Hof war allerdings nicht nur auf Bucheinbinden beschränkt, vielmehr wurde er auch gleichzeitig mit dem Bücherankauf auf der Leipziger Messe betraut. Durch diesen Wiederankauf versah er also gleichzeitig die Stelle eines Bibliothekars. Dem Krause war eine jährliche Besoldung von 50 fl. ausgesetzt, wobei die einzelne Arbeit besonders bezahlt wurde. Das gesamte Einkommen muß jedoch den Lebensbedürfnissen wenig genügt haben, denn Krause befand sich fast dauernd in bedrängter finanzieller Lage. Durch die zweite Bestallung vom Jahre 1575 fand das Arbeitsverhältnis Krauses zum Hof eine völlig neue Gestaltung. Die Einzelbezahlung der gefertigten Einbände kam in Fortfall und Jakob Krause erhielt ein Jahresgehalt von 457 fl. 3 Gr., wofür er allerdings einen Gesellen unterhalten mußte; auch hatte Krause das gesamte Material zum Binden auf seine Kosten zu liefern. Der Hofbuchbinder mußte weiter die Verpflichtung eingehen, nicht nur die Bücher für die kurfürstliche Bibliothek, sondern auch für die Kammer, Kanzlei und Küche zu binden.

Die Werke des Jakob Krause haben lange Zeit keine Beachtung gefunden, was wohl damit zusammenhängt, daß man sich über die ihm zuzuschreibenden Werke im Unklaren befand. Erst durch das in den 1890er Jahren erfolgte Auffinden von etwa 56 Büchern und 43 dazu gehörigen Kapiteln im kgl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden ist man auf die Bedeutung von Jakob Krause aufmerksam geworden, dessen Bild in der kunstgeschichtlichen Forschung immer stärkere Klärung erhalten hat, die ihre äußerliche Gestalt in der Benennung des Bundes der deutschen Kunstbinder nach seinem Namen gefunden haben.

Streifzüge durch die ausländische Gewerkschaftsbewegung.

II. Die Folgen des belgischen Generalstreiks.

Als Genosse Pauw von der Generalkommission auf dem Parteitag in Jena in seiner Rede gegen die Generalstreikpropaganda auch auf Belgien verwies, wo unter den Nachwehen des Generalstreiks die Gewerkschaftsbewegung und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter schweren Schaden erlitten hätte, da rief diese Bemerkung einen Protest der belgischen Parteidelegation hervor, die Pauws Behauptungen entschieden bestritt. Pauw konnte sich jedoch mit seinen Ausführungen auf offizielle Mitteilungen der belgischen Gewerkschaften stützen. Auch auf unserer Brüsseler Internationalen Konferenz im Juni dieses Jahres wurde offiziell und auch sonst zum Ausdruck gebracht, daß der Generalstreik mit einer Niederlage für die Arbeiterschaft geendet habe. Jetzt wird diese Tatsache nun auch von anderer Seite bestätigt, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

Der belgische Generalstreik, vor dessen Ausbruch angeblich auch die Industriellen versprachen, in ihrer Mehrzahl auf Seiten der Arbeiter stehen zu wollen, hat für die Gewerkschaften eine Zeit der bittersten Kämpfe im Gefolge. Naum war er beendet, da kam der wohl vorbereitete Angriff der Unternehmerorganisationen auf die bedrängten belgischen Gewerkschaften. Es war den Unternehmern darum zu tun, die kollektiven Arbeitsverträge los zu werden. Zu diesem Zwecke erfolgten eine Reihe von Aussperrungen, die nur zum Teile zugunsten der Arbeiter ausliefen. So mußten die seit vollen vier Monaten ausgesperrten Arbeiter der Brüsseler Wagen- und Automobilindustrie den Kampf aufgeben und die Bedingungen der Unternehmer akzeptieren, obwohl sie von der Gesamtarbeiterchaft in der prächtigen Weise unterstützt worden waren. Dabei galt ihre Gewerkschaft als eine der stärksten des Landes. Der Metallarbeiterverband und andere Gewerkschaften, die ebenfalls erhebliche Mitgliederverluste erlitten, müssen heute noch Mitglieder unterstützen, die infolge des Generalstreiks im Frühjahr gemargelt wurden. Gewiß werden sie auch diese Schwierigkeiten überwinden, aber nach Ansicht der Unternehmer sind die Gewerkschaften gerade zurzeit am meisten geschwächt. Daher ihr unerhört provokatorisches Vorgehen.

Auch die Regierung schickt sich an, den Wünschen der Unternehmer und der christlichen oder, wie sie hier mit Recht heißen, der gelben Gewerkschaften nachzukommen. Sie hat durch den Industrieminister der Kammer einen Gesetzentwurf zur Erdrösselung des Streik- und Koalitionsrechtes vorgelegt, der in der nächsten Zeit zu heftigen Kämpfen zwischen den Parteien führen dürfte.

Nach dem Entwurf soll der König für jede Provinz eine „Kommission der Arbeitsfreigeitigen“ einsetzen, die aus dem vom Könige ernannten Vorsitzenden und vier Beisitzern besteht. Auch zwei der Beisitzer sind durch den König zu ernennen, je einer dagegen durch die Unternehmer- bzw. Arbeiterbeiräte des betreffenden Bezirks. In gleicher Weise soll eine „Zentral-Kommission der Arbeitsfreigeitigen“ zusammengefaßt werden, der solche Konflikte, an denen mindestens 300 Arbeiter beteiligt sind und die in der „ersten Instanz“ nicht erledigt wurden, vorgelegt werden können. Dem von den Unternehmern oder den Arbeitern gestellten Verlangen auf Verhandlung vor der Kommission in uß auch der andere Teil zustimmen. Die Arbeiter können sich, wenn ihre Zahl 15 übersteigt, durch Delegierte vertreten lassen. Die Kommission hat eine Einigung zu versuchen, doch kann jeder der Arbeiterdelegierten verlangen, daß das Ergebnis den beteiligten Arbeitern zur Abstimmung vorgelegt werde. Dasselbe kann die Minorität der Delegierten verlangen, wenn nur sie mit dem Unternehmer einig wurde und wenn sie mindestens ein Viertel der Delegierten vertritt. Erfolgt die Einigung nicht, so kann die Kommission mit Zustimmung beider Parteien, eventuell nach besonderer Arabstimmung der Arbeiter, als Schiedsgericht fungieren. Bei Streiks und Aussperrungen darf die Kommission das Schiedsgerichtamt erst nach Wiederaufnahme der Arbeit übernehmen. Schiedssprüche sind noch innerhalb desselben Monats zu fällen. Wenn die Parteien sich weder einigen, noch einem Schiedssprüche zustimmen, so hat die Kommission ein „begründetes Urteil“ über die Streitpunkte, beiderseitigen Schuldfragen usw. abzugeben und zugleich zu bestimmen, für welche Zeit dieses Urteil in Kraft sein soll. Der Teil, gegen den sich das Urteil richtet, kann innerhalb drei Tagen Berufung einlegen an die „Zentral-Kommission“, vorausgesetzt, daß 300 Arbeiter an dem Konflikt beteiligt sind. Die Kommission tritt in regelmäßigen Zwischenräumen zusammen, versammelt sich aber sofort auf Antrag der Parteien, wenn der Vorsitzende die Dringlichkeit anerkennt oder im Falle von Streit

oder Aussperrung. Im letzteren Falle soll also anscheinend ein Antrag der Parteien gar nicht nötig sein. Danach würde die Kommission also bei allen Arbeitsniederlegungen ohne weiteres in Funktion treten!

Der schlimmste Teil des Gesetzes aber besagt: Mit Geldstrafen von 25-500 Frank wird bedroht jeder, der am Streik oder an Aussperrung beteiligte Arbeiter oder Unternehmer durch Gaben, Darlehen oder Vorstände unterstützt, solange sie sich weigern, ihren Streikfall der Kommission vorzulegen oder in allen Punkten dem Einigungsverfahren zuzustimmen, oder solche, gegen die die Kommission ein „begründetes Urteil“ abgegeben hat. Wenn diese Unterstützung durch ein Komitee oder eine Organisation geschah, so sind alle daran Beteiligten zu bestrafen. Ferner dürfen ihnen aus öffentlichen Mitteln keinerlei Zuwendungen gemacht werden! Eine Ausnahme sollen Kaufleute und „wohlthätige Personen“ bilden, die einzelne oder mehrere Arbeiter direkt unterstützen bzw. ihnen Kredit geben. Dadurch soll den christlichen Gewerkschaften, deren geistliche Leiter sicher allein als „wohlthätige Personen“ angesehen werden dürfen, offensichtlich ein Hintertürchen geöffnet werden. Hebrigens hat ihr Leiter, der Vater Rutten, dem Entwurfe bereits zugestimmt. Auch die Gewerkschaften sollen zu diesen Ausnahmen gehören, wenn sie:

- 1. in Belgien ihren Sitz haben,
2. nur aus Angehörigen derselben oder verwandter Industrien, in denen dieselben Erzeugnisse hergestellt werden, bestehen,
3. abhängig dem Ministerium der Industrie und Arbeit Bericht über Mitgliederzahl, ihre Verteilung nach Berufen und über die Leitung geben.

Der Bericht muß die Personalien ihrer Vorstandsmitglieder sowie Angaben über die im letzten Jahre geführten oder unternommenen Streiks und Aussperrungen enthalten. Wenn es sich bei dem Konflikt nur um Lohn- und Arbeitszeitfragen handelt, so sollen Unternehmer und Arbeiter derselben Ortes und desselben Berufes ebenfalls zu den erwähnten Ausnahmen gehören.

Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften diesem Ausnahmegesetze den schärfsten Kampf ansagen. Am 8. Oktober hat schon eine besondere Konferenz der belgischen Gewerkschaftskommission zu dem Entwurfe Stellung genommen und ihre Taktik beraten. Sie ist überzeugt, daß es bei dem heutigen Stande der belgischen Arbeiterbewegung glücklicherweise doch nicht mehr möglich sein wird, das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter einfach illusorisch zu machen.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

- Deutschland:
Nachen.
Berlin (Stuisarbeiter).
Bielefeld.
Breslau (Firma M. Kragen u. Co.).
Hagen i. W. (Schlegel und v. d. Heyden).
Frankfurt a. M. (Kartonnagenarbeiter).
Königsberg.
Lahr (Kartonnagen- und Stuisarbeiter).
Mannheim (Firma Firichland u. Schiettinger).
Straßburg.
Tilsit.
Frankreich:
Paris.
Lille.
Nancy.
Noubaig.
Großbritannien (Abwehrstreiks zur Verhinderung der Ausbeutung der Frauen- und Mädchenarbeit).
Serbien:
Belgrad.

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erfundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

- Deutschland:
Danzig.
Gelsenkirchen.
Kiel.
Limbach i. S.
Offenbach a. M. (Kartonnagenarbeiter).
Saarbrücken.



**Kroatien-Slawonien:**  
**Agram** (infolge Tarifbewegung).  
**Desterreich:**  
**Krusbrud.**  
**Reichenberg i. Böhmen.**  
**Schweiz:**  
**Narau** (und Umgebung).  
**Chur Davos** (Buchbinder).  
**Luzern** (Buchbinder).  
**Lausanne** (Buchbinder).

**Nonheim.** Die Kündigung des Personals der Firma **Oberheimsche Kartonnagenfabrik** (Hirschland u. Schittlinger) ist am Schlusse der Vorwoche abgelaufen. Die Firmeneingehaber und insbesondere Herr Schittlinger versuchen auf jede Art und Weise, das Personal zum Umfallen zu bewegen. Nicht allein mit Versprechungen, sondern auch mit Drohungen gehen diese Herren vor. „Wer die Kündigung nicht zurücknimmt, kommt nicht mehr herein! Wir sehen euch alle auf die schwarze Liste!“ So und ähnlich sind die Worte, mit welchen die Herren unsere Kollegenschaft zum Umfallen bringen wollen. Auch die Hebensart: „Wir bekommen von auswärtig Leute soviel wir haben wollen!“ kann uns nicht imponieren. Weshalb dann das Witten und Betteln bei dem Personal, wenn man von auswärtig Leute bekommt? Die Firma glaubt doch selbst nicht, daß sie Arbeiterinnen von auswärtig zu Hungerlöhnen von 1,20 Mk. bis 2 Mk. pro Tag bekommt. Hält es doch in normalen Verhältnissen schon schwer, Arbeitskräfte zu bekommen. Wenn die Firma in einem Schreiben an uns sagt, wir wollten hier eine „Nachfrage“ versuchen, so ist das unwahr! Warum hat man denn die im Schreiben vom 16. Oktober zugesagten Verhandlungen scheitern lassen? Wahr ist dagegen, daß wir es im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln durchsetzen werden, daß endlich einmal andere Verhältnisse in den Betrieb kommen, daß die Möglichkeit genommen wird, willkürlich das Personal zu behandeln. Die Zustände, daß Arbeiterinnen vor drei Jahren einen Tagelohn von 2 Mk. erhalten haben und daß heute denselben Arbeiterinnen nur noch 1,65 bis 1,75 Mk. gezahlt wird, sind doch jedenfalls unhaltbar. Auch die Hebensart: „Sie hätten so sehr mit der Konkurrenz zu rechnen, es würde zu viel Schmutztonnurenz getrieben!“ fällt ganz auf die Firma zurück. Ist es denn nicht Schmutztonnurenz genug, wenn sie ihren anderen Kollegen am Orte Arbeit dadurch abnimmt, daß sie die Arbeit 20 bis 25 Proz. billiger macht?

Es war stets unser Bestreben, diese Bewegung auf friedlichem Wege zur Durchführung zu bringen und wir haben deshalb auch nichts unversucht gelassen, um dies zu erreichen. Wenn es uns trotzdem nicht möglich war, auf diesem Wege weiter zu fahren, so ist dies einzig und allein auf das schroffe Verhalten der Fabrikanten zurückzuführen. Nachdem uns nun einmal der Kampf aufgezwungen wurde, werden wir ihn auch mit aller Energie durchzuführen wissen.

**Offenbach.** Zur Lohnbewegung in der Kartonnagenbranche. Eine gutbesuchte Versammlung der Arbeiterchaft der Kartonnagenbranche nahm am 8. November den Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit der Vereinigung Offenbacher Kartonnagenfabrikanten entgegen. Die Verhandlungen haben sich dadurch ziemlich schwierig gestaltet, daß die Unternehmer von einem Tarif nicht viel wissen wollten. Zu einer Verkürzung der Arbeitszeit unter 54 Stunden waren sie nicht zu bewegen. Die Löhne für Buchneider und Preßergolber sollen 18 Mk. im ersten Jahre nach der Lehrzeit bezw. nach dreijähriger Berufstätigkeit betragen. Dieser Lohn erhöht sich alljährlich auf 20, 22, 25, 27 und 29 Mk. im sechsten Schuljahr. Für **Niger** und **Stanger** im ersten Halbjahr 13 Mk., sodann halbjährlich steigend auf 20 Mk. im siebenten Halbjahr. Jugendliche Hilfsarbeiter: Anfangslohn 9 Mk., steigend bis 11,50 Mk. Hilfsarbeiter mit 16 Jahren 11,50 Mk., steigend bis 16 Mk.

Am schwierigsten gestalteten sich die Verhandlungen bei der Arbeiterinnenfrage. Hier versuchten die Unternehmer so billig wie möglich wegzukommen, obwohl in keiner anderen Industrie die Löhne so schlecht sind wie in der Kartonnagenindustrie. Für jugendliche Arbeiterinnen sind Löhne von 7 Mk. bis 10,50 Mk. vorgegeben; für Arbeiterinnen über 16 Jahre solche von 9,50 Mk. bis

13 Mk., für Auflegerinnen 13,50 Mk. und nach einjähriger Tätigkeit im Geschäft 14,50 Mk. Ferner wollen die Fabrikanten ihrer Verammlung empfehlen, den Zuschneidern und Preßergolber mit 29–32 Mk. Lohn eine Mark und den Arbeiterinnen bis 16 Mk. 50 Pf. Zulage zu gewähren.

Wichtig sind die Bestimmungen über die **Akkordarbeit**, bei der der jeweilige Lohn mit 10 Proz. Aufschlag garantiert wird. Die Akkordsätze sind dem Personal durch Aushängen einer Lohnabzelle bekanntzugeben. Für Warten auf Arbeit wird der Zeitverlust dem Lohn entsprechend vergütet. Für Artikel, die bisher in der Fabrik hergestellt wurden, dürfen, wenn sie in Heimarbeit angefertigt werden, geringere Preise als in der Fabrik nicht gezahlt werden. Sämtliche Zutaten sind vom Arbeitgeber zu liefern. Für Überstunden werden 25 Proz. und für Sonntagsarbeit 3 1/2 Proz. Zuschlag bezahlt. Bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Der Tarif gilt bis zum 31. Dezember 1916.

Weg berichtet, daß sich die Tarifkommission und die Ortsverwaltung eingehend mit der Frage beschäftigt habe, ob das Angebot der Unternehmer annehmbar sei. Nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände schlagen beide Körperschaften vor, dem Tarif ihre Zustimmung zu geben. Das Erreichte bedeute gegen die bestehenden Verhältnisse immerhin ganz wesentliche Verbesserungen. Vor allem sollten sich aber die Arbeiterinnen den Anspruch eines Fabrikanten merken, der gesagt hat, daß sie keine höheren Zugeländnisse machen, um dem Verband Agitationsmittel in die Hand zu geben. Damit ist zugestanden, daß nur durch den vollständigen Anschluß an den Verband größere Vorteile erzielt werden können. Unsere nächste Aufgabe muß also ein noch besserer Ausbau der Organisation sein. Tarife abzuschließen ist leichter als sie in allen Betrieben einzuführen und hochzuhalten. Mit aller Schärfe muß deshalb gegen alle die Firmen vorgegangen werden, die den Tarif nicht anerkennen wollen und wenn es sein muß, auch durch Streiks. Die Unternehmer haben sich zum großen Teile dem **Industrieüberverband** angeschlossen. Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, geht ihn und tut das gleiche, euer **Schubverband** ist der **Buchbinderverband**.

In der Diskussion wurde ebenfalls bedauert, daß die Ergründungsschaffungen nicht größer sind, doch sei das Erreichte so, daß man als ersten Erfolg damit zufrieden sein könne. Nur müsse auch dafür gesorgt werden, daß alles eingehalten wird. Dem Tarif wurde mit allen gegen sechs Stimmen zugestimmt. Das gleiche dürfte am 10. November auch von den Fabrikanten geschehen und damit der Friede in der Offenbacher Kartonnagenindustrie gesichert sein. Nachstehende Resolution fand dann noch einstimmig zur Annahme:

„Die am 3. November tagende Versammlung der Arbeiterchaft der Kartonnagenbranche erklärt, daß das Entgegenkommen der Arbeitgeber kein solches ist, wie sie es erwartete. Sie behauert ferner das weite Zurückgehen ihrer Kommission in vielen Punkten, stimmt jedoch der getroffenen Vereinbarung zu, um ihrerseits einem friedlichen Abschluß nichts in den Weg zu legen. Die Versammlung erwartet jedoch, daß bei Einführung des Tarifes von den Arbeitgebern keine Schwierigkeiten gemacht werden. Weiter beauftragt sie die Verwaltung, gegen die Firmen, die den Tarif nicht anerkennen, zu geeigneter Zeit vorzugehen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Zu diesem Zweck erklären die Versammelten, weiter für den Ausbau der Organisation zu wirken und vor allem selbst dieser treu zu bleiben, damit allen Verschlechterungsgefahren der Arbeitgeber bezüglich der Arbeitsverhältnisse entgegengetreten werden kann.“

**Strasbourg.** In der Sitzung des hiesigen Gemeinderates vom 5. November spielte unsere Tarifbewegung eine Rolle. Ein Gemeinderatsmitglied erkundigte sich nach dem Verhalten der Stadtverwaltung zu unserer Bewegung und nach der Erledigung der Eingabe unserer Zahlstelle. Nach dem uns vorliegenden Bericht wies der Bürgermeister darauf hin, daß im ganzen graphischen Gewerbe Tarifverträge existieren, aber aus Anlaß des am 1. Oktober abgelaufenen Buchbindertarifs sich mehrere Arbeitgeber weigerten, einen neuen Tarif zu vereinbaren. Es handele sich nun um die Frage der Anwendung der Bestimmungen des städtischen Lastenheftes bei der Vergütung städtischer Arbeiten der graphischen Branche. Er habe die Angelegenheit in Prüfung und werde dem nächst mit einer diesbezüglichen Vorlage an den Gemeinderat herantragen.

Offentlich wird diese „demnächst“ zu erfolgende Vorlage nicht mehr allzu weit hinausgeschoben. Uns will wirklich scheinen, daß es hier wahlgleich seiner demnächstigen Vorlage bedürfe, daß es vielmehr nur die einzige Möglichkeit gibt, klipp und klar zu erklären, daß für städtische Arbeiten nur tarifreue Firmen in Betracht kommen können.

**Solingen-Wald.** Die hiesige Zahlstelle hielt am 1. November ihre Quartals-Generalversammlung ab. Kollege **Wardau** gab zuerst den Geschäftsbericht: Es fanden statt eine General- und 2 Mitgliederversammlungen, außerdem noch 3 Vorstandssitzungen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 3. Quartals 71 männliche und 16 weibliche. Der Vorsitzende bedauerte, daß die Zahl der Mitglieder wieder geringer würde und forderte die Anwesenden auf, sich sämtlich an der Agitation zu beteiligen. Des weiteren berichtete er, daß die Verhandlungen in Wald gescheitert wären, denn die dortige Hauptfirma könne keinen neuen Tarif abschließen, da sie dem Arbeitgeberverband von Solingen angeschlossen sei und sich nach dessen Beschlüssen richten müsse. Der alte Tarif läuft bis 1915 weiter. Nach dem Massenbericht des Kollegen **Partsch** hatte die Verbandskassa eine Einnahme von 1280,30 Mk. und eine Ausgabe von 668,58 Mk. Als Kartelldelegierter und Agitationskommissionsmitglied wurde Kollege **Zimmermann** gewählt. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten verhandelt waren, schloß der Vorsitzende die mäßig besuchte Versammlung.

**Münberg-Hürtb.** Die am 2. November stattgefundene vierteljährliche Hauptversammlung war schwach besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Kollegin **Konnet** durch Erheben von den Sigen gedacht. Der laue Geschäftsgang hat auch im 3. Quartal weiter angehalten. Wohl war die Zahl der Arbeitslosen durchschnittlich niedriger und auch die Summe der ausbezahlten Arbeitslosenunterstützung nicht so hoch wie im vorigen Quartal. Aber verkehrt wäre es, daraus den Schluß ziehen zu wollen, daß es mit der Arbeitslosigkeit besser geworden sei. Die Zahl der Durchreisenden war ungewöhnlich hoch, ein Beweis dafür, daß die Krise allgemein noch anhält. Inwiefern sich diese noch verschärfen wird oder ob eine bessere Konjunktur in absehbarer Zeit zu erwarten ist, läßt sich nicht bestimmt sagen. Hoffen wir, daß die große Arbeitslosigkeit bald nachläßt.

Sitzungen haben eine Hauptversammlung und drei Bezirksversammlungen. An Vorträgen wurde einer und zwar über: „Krankenversicherung“ gehalten. Die Verwaltung erledigte ihre Geschäfte in 6 Sitzungen. Dazu kommen noch 15 Sitzungen der Gewerkschaftskartelle, des Graphischen Kartells, der Ortskommunikationen usw. Revisionen haben vier stattgefunden. Zu der vom 31. August bis 2. September in Würzburg stattgefundenen Konferenz der bayerischen Gewerkschaftskartelle wurde **Weinländer** delegiert. Stellen wurden vermittelt für 5 Kollegen und 6 Kolleginnen. Uebertritte in höhere Beitragsklassen sind 32 zu verzeichnen, davon 10 männliche Mitglieder. Damit sind die meisten Änderungen auf Grund des neuen Statuts vollzogen. Die noch ausstehenden Uebertritte müssen im Laufe des 4. Quartals erfolgen.

Die Agitation war von gutem Erfolg, ein Beweis dafür, daß bei rühriger Mitarbeit auch zu Zeiten der Krise Fortschritte verzeichnet werden können. Sitzungen haben beide Agitationskommissionen 22 abgehalten, Werktribunenversammlungen 15 statt. Sehr fleißig wurde auch die Hausagitation betrieben. Um im vierten Quartal ebenfalls erfolgreich wirken zu können, kam ein Flugblatt in der Auflage von 4000 Exemplaren vom 21. Oktober bis 15. November in allen Betrieben zur Verbreitung.

Im 3. Quartal sind 95 Aufnahmen erzielt worden. Vom 1. Januar bis 1. Oktober ist die Mitgliederzahl um 140 auf über 1200 gestiegen und das trotz schlechtem Geschäftsgang! Unsere Kollegen und Kolleginnen müssen noch mehr wie bisher für genügend Adressen Fernstehender sorgen, damit zum Jahreschluss wiederum eine beträchtliche Steigerung der Mitgliederzahl konstatiert werden kann.

Sobald der Geschäftsgang einigermaßen besser wird, müssen wir mit Hochdruck an die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herantreten, um die wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder auf ein höheres Niveau zu bringen. Wenn in Friedenszeiten die Anhängerzahl gesteigert wird, dann kann auch mit gutem Erfolg an die Durchführung von größeren Lohnbewegungen herangegangen werden.

Ueber Lohnbewegungen und sonstige Differenzen berichtet Herber. Notwendig waren 15 Werktribunenversammlungen, 10 Kommissionsitzungen und in 9 Fällen Unterhandlungen. Am Streik in den Bürsten- und Pinselabriken waren 8 Kolleginnen beteiligt. Die Bewegung brachte eine halbe Stunde Arbeitszeitverfügung pro Woche und 6,80 Mk. Lohnerhöhung für 8 Arbeiterinnen. Anlässlich der Erneuerung der Fabrikordnung haben wir in einem Fall mitgewirkt und einige nachteilige Bestimmungen beseitigt.

Den Massenbericht eritattete **Weinländer**. Die Verbandskassa hatte eine Gesamteinnahme von 4453,50 Mk.; dieser steht eine Gesamtausgabe von 3729,52 Mk. gegenüber, so daß 800 Mk. an die Verbandskassa eingekandt werden konnten. Die Lokal-

lasse hatte am 1. Oktober einen Bestand von 3812,22 Mark. An den Kassenbericht schloß sich eine längere Ansprache an, in der Revisor Josef betonte, daß ein Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung auf Grund eines Beschlusses des Gewerkschaftsrates ausbezahlt worden sei, der nach seiner Auffassung mit dem Ortsstatut nicht übereinstimme. Derber erklärte, daß es sich im vorliegenden Falle um eine ganz außergewöhnliche Angelegenheit gehandelt habe, die noch nie dagewesen sei und auch schließlich wieder vorkommen wird. In der lebhaftesten Debatte wurde auch die prinzipielle Frage erörtert, wieweit die Rechte und Pflichten der Verwaltung und der Revisoren gehen. Altmann und Wöhmer betonten, daß die Verwaltung laut Ortsstatut das Recht habe, in außergewöhnlichen Fällen über Ausgaben bis 50 Mk. verfügen zu können, ohne die Revisoren hinzuzuziehen. Nachdem noch Seiten, Demert und Endres sich geäußert hatten, erklärte Weinländer in seinem Schlusswort, daß für die Verwaltung keine statutarische Verpflichtung bestehe, bei Geldmangelangelegenheiten die Revisoren zur Beratung beizuziehen. Man habe dies aber immer soweit als möglich getan und sei gut dabei gefahren. Jedenfalls soll in Zukunft ebenso gehandelt werden. Die Revisoren hätten nicht lediglich die Zahlen zu prüfen, sondern auch die Belege auf ihren Inhalt. Wenn die Revisoren der Auffassung sind, daß ein Beleg nicht vollständig mit dem Ortsstatut übereinstimme, so ist das ihr gutes Recht. Die Ortsverwaltung hat aber die Meinung, daß in dem vorliegenden Falle nicht anders gehandelt werden konnte. Erfolgreich sei es, wenn über den oder jenen Ausgabeposten auch aus der Mitte der Versammlung Anfragen gestellt werden.

Im Kartellbericht streifte Josef kurz die in Würzburg stattgefundene Kartellkonferenz und betonte, daß es abgelehnt worden sei, pro Kopf 20 Pf. für die Landeszentrale in München zu bewilligen. Dagegen habe das Gewerkschaftsrat Nürnberg zugestimmt, daß 5 Pf. pro Mitglied aus der Kartellkasse geleistet werden.

Der Vorsitzende wies noch auf die Unfallstatistik hin und forderte zur Mithilfe der Mitglieder auf. Auch soll die Unfallausstellung der Zahlstelle Berlin zur Verfügung stehen und dabei behandelte Vorträge gehalten werden. Einige Kollegen wünschten, daß die vierteljährlichen Hauptversammlungen nicht mehr Sonntag nachmittags, sondern an einem Wochentag abgehalten werden. Dem wird die Verwaltung entsprechen. Nachdem noch einige sonstige Wünsche lokaler Natur besprochen waren, erfolgte Schluß der anregend und sachlich verlaufenen Versammlung.

**Vielersfeld.** Am 3. November hielt unsere Zahlstelle ihre vierteljährliche Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Geißler ist zu entnehmen, daß das 3. Quartal mit 143 männlichen und 60 weiblichen Mitgliedern abschließt, jedoch sind im neuen Quartal bereits wieder 80 Mitglieder für die Organisation gewonnen, so daß der augenblickliche Mitgliederstand 233 beträgt. Die Tarifbewegung machte eine ganze Anzahl Versammlungen notwendig, die sämtlich sehr gut besucht waren. In einer der Versammlungen wurde die segensreiche Einrichtung der „Vollfürsorge“ sehr eingehend besprochen. Ein Bericht des Gauleiters Stornader, die Zahlstelle Herford mit unierer zu verschmelzen, scheiterte an dem Widerstand der Herforder Kollegen. Mit Bedauern muß gesagt werden, daß, trotzdem die Verschmelzung für die Herforder Mitglieder von sehr großem Wert gewesen wäre, sie doch nur aus Meinigkeitsströmerei abgelehnt worden ist. Die Herforder Kollegenschaft wird hoffentlich nunmehr selbst etwas energischer für die Ausbreitung der Organisation eintreten, an Unterstützung durch uns wird es nicht fehlen. Die Kollegen Putemuth und Boos konnten in diesem Quartal auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation zurückblicken. Beide wurden durch ein Geschenk der Zahlstelle bedacht.

Der Kassenbericht ergab folgendes: Hauptkasse: Einnahme 1309,10 Mk., Ausgabe 339,55 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2392,02 Mk. und eine Ausgabe von 389,83 Mk., somit einen Bestand von 2002,19 Mk. Für Unterstützungen wurden aus der Lokalkasse insgesamt 210,30 Mk. gezahlt. Die Arbeitslosigkeit tritt auch hier immer mehr auf. Während bei der Firma Dohse verfürzt gearbeitet wird, muß bei der Firma Wolpers ausgesiebt werden. Ein Antrag, den Vertrauensleuten eine Entschädigung für ihre mühevolle Arbeit zukommen zu lassen, wurde abgelehnt. Eine äußerst rege Debatte entspann sich sodann über einen Antrag, den ausstehenden Mitgliedern eine Entschädigung aus der Lokalkasse zuteil werden zu lassen, jedoch wurde ein Beschluß hierüber nicht gefaßt. Schwarz verurteilt wurde das Gebaren der Firma D., welche den Tarif anerkannt hat, aber allerlei Verschlechterungen in die Arbeitsordnung einfügen will. Unser Tarif besagt doch klar und deutlich, daß bestehende bessere

Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen. Zum Betreiben der Agitation wurde ein Komitee von 7 Personen gewählt, welches seine Agitationsarbeit sofort aufnehmen wird. Dringend zu wünschen ist, daß es von allen Mitgliedern in seiner Arbeit unterstützt wird.

Zur Tarifbewegung ist zu berichten: Nachdem von den größeren Firmen der Tarif anerkannt ist, haben sich jetzt fast alle kleineren Betriebe ebenfalls zur Anerkennung bequemt. Eine untrübnliche Ausnahme machen immer noch die Firmen Gundlach A.-G. und Eilers sen. Nachdem so die Bewegung im Buchbindergewerbe so ziemlich beendet ist, reichte auch die Kartonnagenarbeiterchaft ihre Forderungen ein. In der Kartonnagenbranche herrschen noch überaus traurige Zustände; während in den Buchbindereien die 53stündige Arbeitszeit beibehalten wird, in der Kartonnagenbranche teilweise noch 57 Stunden gearbeitet. Hoffen wir, daß auch diese Bewegung zum guten Ende geführt wird. An der Kartonnagenarbeiterchaft wird es liegen, dafür zu sorgen, daß ihre Branchenangehörigen vollständig der Organisation zugeführt werden.

**Trier.** Unsere Zahlstelle hielt am 8. November eine ziemlich gut besuchte Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende wies besonders auf die Fragebogen über Unfälle in der gesamten Papierverarbeitungsbranche hin und ersuchte die einzelnen Kollegen um gewissenhaftes Ausfüllen. Ferner verlas er einen vom Gauleiter eingesandten Tarif, welcher für die Pfalz abgeschlossen wurde, und ermahnte die Kollegen, sich hieran ein Beispiel zu nehmen und fleißig zu agitieren, damit es auch bald möglich sei, für Trier einen Tarif zu schaffen. Unsere Hausagitationskommission konnte leider trotz vieler Bemühungen erst einige Aufnahmen berichten. Jedoch haben einige Kolleginnen bestimmte Zusagen gemacht und hoffen wir bis Jahreschluß die ersten Kolleginnen gewonnen zu haben, was für uns von großem Nutzen sein wird, da hier noch viele Mädchen Schilfenarbeit verrichten müssen. Trotz der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die hier herrschen, hält es sehr schwer, die Leute für den Verband zu gewinnen, da jeder Verbänder gleich als der größte Anarchist angesehen wird. Fremde hier zugereiste Kollegen schütteln sehr bald wieder den Staub des neueren Trierer Pflasters von den Füßen. So haben wir im vorigen Monat allein 4 Mitglieder verloren, für uns ein großer Verlust, da dadurch unsere Mitgliederzahl auf 15 zurückging. Um den Versammlungsbesuch zu heben, wurde beschlossen, die Versammlungen in Zukunft wieder Sonntags vormittags abzuhalten. Am 20. Dezember veranstaltet unsere Zahlstelle eine Weihnachtspfeife, bei welcher der Buchdrucker-Gewerksverein „Typographia“ mitwirken wird.

**Barmen.** Am 9. November fand hier eine öffentliche Versammlung der Buchbinder und verwandter Berufskollegen statt. Herr Stadtverordneter Krüger referierte über das zeitgemäße Thema: „Die Arbeitslosenfürsorge durch die Gemeinde“. Die Versammlung folgte mit großer Aufmerksamkeit den vorzutrefflichen Ausführungen des Referenten. Derselbe wies einleitend darauf hin, daß die Plage der Arbeitslosigkeit mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden sei und nicht nur in den Zeiten der Krise, sondern auch bei guter Konjunktur ihre Opfer fordere. Er schilderte dann das Verhalten der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber den armen Arbeitslosen, die vielfach als Bagabunden und Arbeitslose bezeichnet würden, gegen die man mit Gefängnissen und Arbeitshaus vorgehe. Auch die Mittel, welche man bisher von Privaten und Gemeinden zur Vinderung der Arbeitslosennot anwendet, seien wenig geeignet, derselben zu steuern. Redner schilderte dann das Wesen der Arbeitsnachweise, Wanderberpflegungsinstituten usw. mit den diesen Instituten anhaftenden üblen Begleitumständen in klarer und manchmal sehr sarkastischer Weise. Aus Zeitungszitaten wies er nach, welche rüchardige Ansichten innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft über die Arbeitslosenfrage vorherrscht und wie man sich mit Händen und Füßen krümbt, etwas für die Arbeitslosen zu tun. Die Kranken- und Invalidenversicherung ist diesen Kreisen schon ein Grauel. Wie die „Kreuzzeitung“ einmal geschrieben hat, daß durch eine weitgehende Fürsorge für die Arbeiter diese nur auf unmoralische Wege gebracht werden, so denken weite Kreise der herrschenden Klasse. Nach dieser Logik müssen somit alle Menschen, die eine sichere Existenz haben und gegen Krankheitsfälle, Arbeitslosigkeit und Not versichert sind, unmoralisch sein. Eine Logik, womit sich ja die Besitzenden selbst ins Gesicht schlagen. Auch die Reichsregierung setze der Arbeitslosenfürsorge sehr fremd gegenüber, wie leider auch Staat und Gemeinden mit wenigen Ausnahmen. Er zitierte einen Ausspruch des Prinzregenten und jetzigen Königs von Bayern, wonach zu entnehmen ist, daß man in Süddeutschland etwas weitherziger in solchen Fragen zu sein scheint als bei uns in Preußen. Redner beleuchtete dann die Tätigkeit der Gewerkschaften, die

durch ihre praktische Arbeit erst eine wirkliche Arbeitslosenfürsorge geschaffen haben. Genau wie bei der Krankenversicherung sind es auch hier die aufgelaarten Arbeiter gewesen, die in der Arbeiterversicherung bahnbrechend vorgehen. Zum Schluß schilderte er das sogenannte Genter System der Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinden, welches sich bisher als das beste erwiesen hat und daher auch dem Antrage zugrunde gelegt wurde, welcher von der Gewerkschaftskommission und dem Ortsverband der S.-D. Gewerksvereine bei den Stadtverwaltungen von Barmen und Elberfeld eingereicht wurde. Mit einem warmen Appell an die Erschienenen, beständig für die Arbeiterbewegung tätig zu sein, da es nur die Arbeiterklasse selbst ist, die sich ein besseres Los schmieden muß, schloß der Redner seinen mit großem Beifall begrüßten Vortrag.

Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die öffentliche Versammlung der Buchbinder und verwandten Berufe erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten über die Arbeitslosenfürsorge durch die Gemeinde vollständig einverstanden. Sie erkennt an, daß die Gewerkschaftsbewegung es in erster Linie gewesen ist, die in planmäßiger Weise gegen die furchtbare Geißel der Arbeitslosigkeit Front gemacht hat. Einmal, indem sie entsprechend den Fortschritten der Technik für eine allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit ständig und erfolgreich eingetreten ist und diese tariflich festgelegt hat. Dann aber auch, indem sie durch Arbeitslosenunterstützung ihre arbeitslosen Mitglieder vor der äußersten Not bewahrt und sie verbindet, unter Umständen Lohnbrüder zu werden.“

Die Versammlung verprophezeit, ständig für den Ausbau der Gewerkschaften bestrebt zu sein.

Die Versammlung stellt aber auf dem Standpunkt, daß es die dringende Pflicht von Staat und Gemeinde ist, der Arbeitslosigkeit ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Die bisher als Arbeitslosenfürsorge bezeichneten Maßnahmen der bürgerlichen Gesellschaft bezw. der Gemeinden, als da sind Arbeitsnachweise, Wanderarbeitsnachweise und Verpflegung, sowie auch Postkassenarbeiten, müssen als durchaus ungenügend bezeichnet werden, sie sind nicht geeignet, auch nur den geringsten Anforderungen, die an eine wirkliche Arbeitslosenfürsorge gestellt werden müssen, zu entsprechen. Die Versammlung spricht sich für das Genter System aus und unterstützt die Vorlage, welche von der Gewerkschaftskommission der freien Gewerkschaften und dem Ortsverband der Christ- und Sozialdemokratischen Gewerksvereine ausgearbeitet und den Stadtverwaltungen von Barmen und Elberfeld unterbreitet wurde. Die Versammlung drückt den Wunsch und die Erwartung aus, daß diese Vorlage nicht auf die lange Bank geschoben, sondern möglichst bald durchgeführt wird.“

Nach einem kräftigen, begeisterten Schlußwort des Referenten wurde die gut besuchte und gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Görlitz.** Zu dem Bericht in Nr. 44 schreibt uns Herr E. Glauber: „Da ich selten aus einem Anlaß wie dem der falschen Bewertung der Arbeitskraft in Fachblättern erwähnt werde, möchte ich mich unterlassen, darauf zu antworten. Es ist mir nicht klar, aus welchem Grunde gerade mein Verhalten besonders hervorgehoben werden muß, wie der Schreiber meint, denn mir ist bekannt, daß hier Buchbinder-Gesellen noch viel billiger als für 18 Mk. arbeiten. Alsdann habe ich noch überhaupt keinem Buchbinder 18 Mk. angeboten, da ich sie selbst nicht einstellen. Allerdings habe ich Auftrag gegeben, wandernde Buchbinder vorerst mit 18 Mk. einzustellen, ganz gleich, ob sie älter sind oder nicht, da wie bekannt, sich nicht alle Buchbinder für Buchdrucker eignen und vielfach nur dort beschäftigt werden, wo ungelernete Arbeiter dasselbe leisten und aus dem Grunde in den ersten Wochen häufig mehr Schaden anrichten, als sie Lohn erhalten. Wenn ein Buchbinder sich einrichtet, erhält er auch Zulage und sind in der Buchbinderlei sogar jüngere Arbeiter mit 18 Mk. Lohn beschäftigt, die aber dementsprechendes leisten. Wenn der betreffende Buchbinder bewiesen hätte, daß er mehr als 18 Mk. verdient, wäre ich der Letzte, der es ihm vorenthielt, er hat aber kurzerhand aufgehört. Wer mir empfahl, hat mich selbst mit 18 Mk. zu ernähren, muß mich nicht genügend kennen, sonst würde er wissen, daß mir dies bei meiner Arbeitslosigkeit im Essen gar wohl gelingen würde. Ich kann nun auch nicht ersehen, wie diese Reizen mich überzeugen können, daß ältere Gehilfen, wenn sie nichts leisten, mehr erhalten sollen als jüngere; es muß doch nach Leistungen bezahlt werden und nicht nach Alter; ältere Wanderburschen sind doch meist mit Vorzicht zu beschäftigen.“

Wir geben Herrn Glauber gern zu, daß in den Innungsbuchbindereien noch geringere Löhne gezahlt werden als in seinem Betriebe, bebauern aber, wenn Herr Gl. damit sein Verhalten entschuldigen will. Wir werden es hoffentlich nicht noch erleben, daß die in anderen Görlitzer Betrieben bestehende Unflaute der rubelweisen Beschäftigung von nicht vollwertigen



Arbeitskräften und Lehrlingen — die sich ja noch besser ausbeuten lassen als die „Wanderburschen“ — auch im Bereiche des Herrn G. Einzug hält. Herrn G. werden — wie er weiter mitteilt — Vorwürfe von den Östlicher Buchbindern gemacht, daß er — zu hohe Löhne zahle! Diese Vorwürfe der Innung sind die besten Beweise dafür, wie niedrig die hiesigen Löhne sind und wie notwendig eine Aufbesserung derselben ist.

Beiz. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt u. a. Bezirksleiter Radner-Leipzig einen Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Wandler Kollege und manche Kollegin wahrte wohl schon oft gehörte Ausführungen hören zu müssen. Angenehm überrascht war jedoch ein jeder durch die überaus interessanten und lehrreichen Ausführungen des Vortragenden. Durch geschickt eingeflochtene Beispiele, durch aus eigener Beobachtung gemachte Erfahrungen usw. verstand Radner die Aufmerksamkeit immer mehr und mehr zu fesseln. Er entrollte ein Bild von den ersten Anfängen der Organisationen und zeigte uns dann den Werdegang derselben einerseits, den des Kapitals andererseits. Eingehend behandelte er auch die Unterstützungs-, Beitrags- und Lohnfrage und sein Schlußsatz gipfelte in den Worten, daß hohe Beiträge die beste Kapitalanlage für jeden einzelnen bedeuten. Er redete allen — besonders aber den Kolleginnen — streng ins Gewissen, die bisher gezeigte Gleichgültigkeit abzutreten. Jeder solle zu eigenem Nutzen und Vorteil jederzeit das Interesse für den Verband im Auge behalten. Die bis zum Schluß anhaltende Aufmerksamkeit bewies, daß die Worte des Referenten auf guten Boden gefallen waren. Reicher Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen.

Zum Schluß richtete noch der Vorsitzende Nachforschungen einige kernige und ermahnende Worte an die Versammlung, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen. Unsere Mitglieder müssen auch dafür sorgen, daß in Zukunft die Versammlungen besser und vollzähliger besucht werden. Wenn alle agieren und neue Mitglieder für unsere Organisation werben, dann wird es auch in Zeit bald besser für uns werden.

Rundschau.

Die Kölner Arbeitslosenversicherungskasse. Köln gehört zu den Orten, in denen die Kommunalverwaltung eine Einrichtung zur Unterstützung der

Arbeitslosen schuf. Vor etwa zwei Jahren wurde „eine Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit“ gegründet, die auf Zuschüssen der Stadt und auf Beitragsleistungen der Versicherten aufgebaut wurde. Das sechsen abgelaufene Geschäftsjahr war das erste Probejahr dieser Kasse, da alle Mitglieder 52 Wochen der Kasse angehören müssen, um Unterstützung beziehen zu können. Der Geschäftsbericht beweist, daß sich dieses System bewährt hat. Die Versicherten werden in zwei Gruppen, die Nichtversicherten und die unmittelbar Versicherten, eingeteilt. Als Nichtversicherte gelten die durch die Gewerkschaften Versicherten, als unmittelbar Versicherte die Einzelversicherten. Um eine gerechte Beitragsleistung zu ermöglichen, werden alle Versicherten in drei Gefahrenklassen eingeteilt. Im letzten Geschäftsjahr gehörten zur ersten Klasse die Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Böttcher, Buchbinder, Schuhmacher, Maschinenisten, Päder, Lithographen und Sattler mit einer Beitragsleistung von 2 Pf. pro Woche und Mitglied; zur zweiten Gefahrenklasse die Tapezierer, Dachdecker, Porzellanarbeiter, Hutmacher und Zimmerer mit einer Beitragsleistung von 5 Pf. pro Woche und Mitglied; zur dritten Gefahrenklasse die Maler mit 15 Pf. Beitragsleistung. Alle durch die Gewerkschaften versicherten Mitglieder erhielten vom siebenten Tage der Arbeitslosigkeit an 60 Tage lang pro Tag 75 Pf. Die unmittelbar Versicherten konnten nach verschiedenen Tarifen Unterstützungen von 75 Pf. bis 2 Mk. pro Tag beziehen.

Im zweiten Geschäftsjahr gehörten der Klasse 15 freie Gewerkschaften mit 8822 Mitgliedern, fünf christliche mit 2065 und zwei Nicht-Duisburger mit 418 Mitgliedern an; ferner noch 189 unmittelbar Versicherte. Mitglied kann jeder Arbeiter werden, der ein Jahr in Köln wohnt und arbeitet. Die freien Gewerkschaften zahlten an Beiträgen vom 1. August 1912 bis zum 1. Juli 1913, also in elf Monaten, 15 228,19 Mk. Sie erhielten an Unterstützungen 21 917,50 Mk. Die christlichen Gewerkschaften zahlten 3153,60 Mk. und erhielten 1689,75 Mk. Die Gewerbevereine u. d. zahlten 188,31 Mk. und erhielten 190,50 Mk. Die unmittelbar Versicherten zahlten 5123,78 Mk. und erhielten 6001,50 Mk. Das finanzielle Ergebnis der Kasse ist recht günstig. Am 30. Juni verfügte sie über eine Kasse von 68 132 Mk. Hierzu kam ein Vortrag von 40 941 Mk. Das Vermögen beläuft sich noch zweijährigem Bestehen auf über 250 000 Mk. Aus diesem Grunde konnte die Generalversammlung wichtige

Statutenänderungen mit wesentlichen Verbesserungen beschließen. Die Wartezeit wurde von 52 auf 30 Wochen herabgesetzt, der Unterstützungsbeitrag wurde für die rückversicherten Vereine von 75 Pf. auf 1,20 Mk. pro Tag erhöht; ferner wurde eine neue Einteilung der Gefahrenklassen in einem für die Versicherten günstigeren Sinne vorgenommen. Um die Arbeiter, die bis jetzt noch den Anschluß abgelehnt haben, zum Beitritt zu veranlassen, wurde statutarisch festgelegt, daß sie für 10 Pf. anfangs für 15 Pf. Wochenbeitrag aufgenommen werden sollen. Im ganzen hat die Kasse durchaus erfolgreich gewirkt; für rund 35 800 Tage hat sie Unterstützung gewährt. Aus den Verhandlungen in der Generalversammlung der Kasse ist noch die Entscheidung bemerkenswert, mit der der Vorsitzende Dr. Mademak mit den Exekutionen gegen die Arbeitslosenversicherung ins Gericht ging. Er wies darauf hin, daß es nicht wahr sei, daß eine staatliche oder kommunale Versicherung den gegen die Arbeitgeber gerichteten Kampf der Gewerkschaften unterbreite und die Landflucht begünstige. Weder das Genter Schiem, noch die Versicherungskasse entlasteten die Gewerkschaften so, daß sie weniger als bisher für Arbeitslosenunterstützung aufwenden müssen. Bei der Versicherungskasse hätten die Gewerkschaften im Gegenteil noch rund 19 000 Mk. mehr für Arbeitslosenunterstützung aufbringen müssen. Es sei falsch, daß mit der staatlich oder kommunal unterstützten Arbeitslosenversicherung notwendig eine Förderung der Kampfvereine der Gewerkschaften verbunden sei. Das sei ebenso unhaltbar wie der Standpunkt, daß jede Arbeiterfürsorge und jede Lohnerhöhung die Gewerkschaften härte und daher zu bekämpfen seien.

Briefkasten.

Achtung! Infolge des in die Mitte der nächsten Woche fallenden Feiertages (Viertag) muß Nr. 48 der „Buchbinder-Zeitung“ bereits am Montag, den 17. November, zum Druck abgedruckt werden. Ausnahme in Nr. 48 können darum nur diejenigen Berichte, Inserate usw. noch finden, die am 17. November früh hier eingehen. Wir ersuchen, dies beim Abfenden der für diese Nummer bestimmten Zuschriften zu beachten!

ANZEIGEN

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Kollegin Gertrud Zachmann plötzlich verstorben ist. Wir werden derselben ein ehrendes Andenken bewahren. Die Ortsverwaltung.

Unsere lieben Kollegen Josef Eisenfent nebst Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Würzburg.

Unsere lieben Kollegin Clara Renner mit Herrn Otto Renner die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegen der Zahlstelle Frankfurt a. C.



O. Th. Winckler, Leipzig. Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Ordentl. General-Versammlung

am Dienstag, den 25. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

- Tages-Ordnung: 1. Protokoll-Vorlesung. 2. Herzlicher Vortrag. 3. Bericht über die neuen Kassensatzungen. 4. Beschlußfassung über die weitere Zugehörigkeit zum Gewerkschafts-Kranken-Verein. 5. Wahl der Prüfungs-Kommission zur Abnahme der Jahres-Rechnung für 1912. 6. Verschiedenes. R. Gottesmann, Vorsitzender. F. Reefe, Schriftführer.

Den Mitgliedern zur gefl. Nachricht, daß das Kassentotal vom 16.—18. Dezember wegen Unzuges geschlossen ist. Vom Freitag, den 19. Dezember, ab zembernd sich das Kassentotal im Hause: Stralauer Straße 7/8, II. Etage. Der Vorstand.

Glas-Christbaumschmuck. versende direkt von Fabrikation, daher gelangt ohne jegliche Vertounerung der von mir versandte Glas-schmuck in Hände der Besteller. Hieraus erklären sich auch die billigen Preise meiner Waren. Sortimente sehr schön zusammengestellt von 4 Mk. franko per Nachnahme. Für Händler Extra-Sortimente von 10 Mk. an und höher. Hohe Rabatt-Vergünstigung füge jeder Bestellung bei. Max Heumann, Lauscha (s.-m.) 91. Mitglied des Glas-arbeiter-Verbandes.

Einisarbeiter auf Schmutz- und Vested-Etuis bei hohem Lohn und dauernder Stellung gesucht. Eintritt kann sofort erfolgen. W. Beyer & Berg, Etnisfabrik, Kiel. Gebrauchte Schneidemaschine und anderes Werkzeug billig veräußlich. Berlin, Postamt 13, Postlagerkarte 40.

Gesucht per sofort tüchtiger Pressvergolder. Offerten mit Zeugnisab-schriften an Mohr & Weber, Frankfurt a. M., Roggendorfer Straße 18. Inserate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.